

Die Ernährungsfragen im Haushalts-Ausschuß.

Im Reichshaushalts-Ausschuß erklärte gestern bei der Beratung über die Getreideversorgung ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, es sei wohl möglich, die Brottrationen zu erhöhen. Gezielt solle man vorsichtig sein, aber der Wirtschaftspplan enthalte erhebliche Reserven. Die Zahl der auszugehenden Nationen sei sicherlich zu hoch angenommen; auch der Bedarf der Heeresverwaltung sei zu hoch angesetzt, wenn natürlich auch an dieser Stelle nicht getarnt werden dürfe. Was die Verteilung der Arie anbelangt, so sei die Partei des Redners der Meinung, daß die Arie ausschließlich zum Zwecke der Milchproduktion verwendet werden müsse, wie dies der fortschrittliche Antrag fordere. Hafer und Futtergerste brauchen nicht teurer zu sein als Roggen. Die Herstellung von Erfasstoffen sollte noch über das in Aussicht genommene Maß gesteigert werden, im Hafer seien noch große Reserven enthalten. Der Redner ist gegen eine zu starke Rücksichtnahme auf die bayerische Brauindustrie. Alle Sonderinteressen müßten zurücktreten.

Ein Redner der Deutschen Fraktion hat gleichfalls den Eindruck, als könne man hinsichtlich des Brotgetreides etwas weitergehen, aber man müsse festen Boden unter den Füßen behalten. Der Roggen habe vielfach enttäuscht. Hafer und Gerste sollte man nicht im Preise benachteiligen.

Ein Zentrumsredner erklärt die bisherige Getreidebewirtschaftung für vorbildlich. Das Preisystem müsse zu geeigneter Zeit revidiert werden.

Präsident von Batacki erwidert, die Druschprämien seien nicht ideal, aber mit Rücksicht auf den Bedarf nicht zu umgehen. Des Kriegsministerium halte an seiner Forderung auf rasche Lieferung von Hafer fest. Der Redner unterstreicht seine früher gemachten Ausführungen über die Gerstenpreise. Die bayerische Gerstenfrage liege äußerst verwickelt.

Unterstaatssekretär Michaelis führt aus, daß die Zahl der eingesetzten Nationen immer etwas größer sein werde als die Zahl der wirklich vorhandenen Personen, das liege an der Fluktuation der Bevölkerung zwischen den einzelnen Bezirken. Wir dürfen uns nicht mit Rücksicht auf die Reserven zu Maßnahmen verleiten lassen, die dazu führen könnten, daß wir nicht durchhalten. Die Ablieferungen seitens der Produzenten seien in guter Weise erfolgt.

Oberamtmann Jörg gibt Auskunft über die Art, in der die Abnahme des Getreides erfolge.

Ein sozialdemokratischer Redner bezeichnet eine Erhöhung der Brottrationen für überaus wünschenswert; sobald es irgend angehe, so solle man dazu schreiten. Wie die Petition des Mühlenverbandes beweise, seien die Mühlen mit der jetzigen Regelung noch nicht zufrieden.

Ein Antrag zur Regelung der Hauschlachtungen.

Es ist ein konservativer Antrag eingelaufen, der eine Abänderung der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs dahingehend bezweckt, daß

1. Geflügel von der Verbrauchsregelung ausgenommen wird,
2. die Bestimmungen über die Verbrauchsregelung der Selbstversorgung so festgesetzt werden, daß bei Hauschlachtungen in jedem Jahr vom Inkrafttreten der Verordnung ab, ein Schwein ohne Anrechnung auf die wöchentliche Verbrauchshöchstmengung geschlachtet werden darf und bei allen weiteren Schlachtungen von Schweinen die Anrechnung mit drei Fünfteln des Schlachtgewichts vorgesehen wird,
3. die gemeinsame Wästung von Schweinen (sogenannten Penfionschweinen) möglichst erleichtert wird.

Ein nationalliberaler Redner bemerkt, daß die mannigfache Bevorzugung Bayerns beim Braukontingent anderwärts unangenehm empfunden werde.

Unterstaatssekretär Michaelis führt aus, wenn, wie von einigen Rednern angedeutet, das Mehl nicht immer einwandfrei sei, so hänge das mit dem Ausmahlungsverhältnis zusammen. Mit dem Mühlenverband sei verhandelt worden, im Prinzip geschehe alles, was er will, praktisch könne man nicht alle seine Wünsche erfüllen.

Ein fortschrittlicher Redner will davon Abstand nehmen, allzusehr auf eine Erhöhung der Brottration zu drängen, obwohl diese vielfach eine große Erleichterung schaffen würde. Der kleine Bauer könnte die Hinterkornpolitik nicht verstehen. Auch die Preispolitik errege Verstimmung.

Billigere Nährmittel.

Ein sozialdemokratischer Redner meint, die Erhöhung der Brottration würde keinen großen Betrag an Getreide erfordern. Die Preisabstufung zwischen den einzelnen Getreidearten müsse dieselbe bleiben wie im Frieden.

Präsident von Batacki: Die Ariefrage hat sich verschoben, weil die Heeresverwaltung auf ihre Arie verzichtet hat; die dadurch freigewordene Arie soll solchen Anhaltern zugewandt werden, die ihre Milch zum Verkauf bringen. Bei der Kontingentierung der Braugerste habe ich mir vorbehalten, auf 25 % herunterzugehen; ob dies möglich sein wird, läßt sich noch nicht absehen. Die Wiederherstellung der ostpreussischen Landwirtschaft hat hocherfreuliche Resultate ergeben. Der Redner verspricht schließlich, daß die Nährmittel mit allem Nachdruck billiger gemacht werden sollen.

Ein Regierungsvertreter bepricht die Frage der Hilfenfrüchte. Ackerbohnen können nur soweit abgefordert werden, daß dem Landwirt genug für seinen Betrieb übrig bleibt.

Ein konservativer Redner glaubt, die kommende Volkszählung werde voraussichtlich ergeben, daß wir größere Reserven haben, als jetzt auf dem Papiere steht. Aber vor der Einführung neuer Verteilungsmassstäbe müsse erst eine völlige Klärung abgewartet werden. Die Erzeugung von Nährpräparaten dürfe nicht verzögert werden.

Ein Zentrumsredner weist darauf hin, daß das Personal für Dreschmaschinen sehr knapp sei, dem müsse durch Beurlaubungen abgeholfen werden.

Präsident von Batacki rechtfertigt den hohen Preis für Futterbohnen. Das Futter sei überaus wertvoll und könne heute schwerer denn je entbehrt werden.

Die Debatte über diesen Teil der Ernährungsfrage ist damit geschlossen. Die Weiterberatung der anderen Ernährungsfragen wird auf Mittwoch vormittag vertagt. Vor der Beratung wird der Reichsschatzsekretär seinen bereits angekündigten Vortrag über die Finanzlage halten.

Keine Kartoffeln zu Branntwein. Wie die „Köln. Ztg.“ von zuständiger Seite erfährt, soll in den nächsten Tagen durch Beschluß des Bundesrats die Bearbeitung von Kartoffeln zu Branntwein in Kleinbrennereien verboten werden, um den Bedarf der Bevölkerung an Kartoffeln sicherzustellen. Wer entgegen dem Verbot Branntwein herstellt, hat neben einer empfindlichen Geldstrafe die Einziehung des verbotswidrig hergestellten Branntweins zu gewärtigen.